

# Die Vorbereitung der Juli-Konferenz.

## Drei Phasen der Londoner Konferenz.

**London, 30. Juni.** „Times“ fordern in einem Vortragsartikel strenge Beschränkung der Londoner Juli-Konferenz auf der Basis des Sachverständigenberichts. Das Blatt schreibt, man spreche von drei Stadien, im ersten werden die Grundlagen erörtert, im zweiten die Sachverständigen berufen und im Endstadium die deutschen Vertreter herausgehoben werden. Indes siehe dies noch nicht fest.

Was von Anfang notwendig sei, sei ein klares Bild und eine angemessene und gründliche Vorbereitung. Es sei umfomehr Grund vorhanden, darauf zu bestehen, weil die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt hätten, daß die Zusammenkunft von Oberen sich weit weniger ergebnisreich erwiesen habe, als sie hätte sein können, wenn die Gedanken und politischen Erinnerungen vorher gründlich durchgearbeitet worden wären. Herriot glaubte in seiner Unterredung mit Norman Angell seine persönliche Meinung mit großer Offenheit ausgesprochen zu haben. Aber nach Ansicht des Blattes würde es unbillig sein, diesen Meinungsäußerung gar zu wörtlich zu nehmen. Es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Herriot, dem Manne der edlen Bestrebungen, und Herriot, dem französischen Ministerpräsidenten, der unter Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten eine nationale Politik durchzuführen habe. Nur die Reparationen siehe ein endgültiger Plan zur Ausführung bereit. Bezüglich der Frage der Sicherheit jedoch bestünde man sich noch immer im Streit. Die Aufgabe der Juli-Konferenz sei klar angedeutet. Man müsse sich, wie gesagt, auf den Sachverständigenbericht beschränken. (W. T. P.)

## Die Ruhrbesetzung ein Hauptthema der neuen Konferenz.

**London, 30. Juni.** Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet die Gerüchte über eine wahrscheinliche Besetzung der für den 16. Juli nach London einberufenen Konferenz als unbestimmt. Die eingeladenen auswärtigen Gäste würden während der Konferenzperiode Gäste der britischen Regierung sein. Der genaue Status der Vertreter der europäischen Regierungen, die an der Konferenz teilnehmen, werde erörtert. Von mancher Seite werde anerkannt, daß die Londoner Geländeten dieser Nacht, von anderer Seite, daß in jedem Falle mindestens ein Kabinetminister zugegen sein solle. Die Einberufung der Konferenz für den 16. Juli würde eine Beschleunigung der sehr wichtigen technischen Fragen notwendig machen, in welchen die Aufarbeitung der Einzelheiten des Dawesplans in mifflamer Weise sich in Vorbereitung befindet. Der Berichterstatter über die Maßnahmen werde unvermeidlich die Frage berühren, ob irgendwelcher Teil des gegenwärtigen Regimes für das rheinisch-westfälische System als Bürgschaft für die Befugnisse der Besetzungsbefugnisse beibehalten werden solle. Es ist nach Ansicht des Berichterstatters schon aus finanziellen Gründen

unvermeidlich, daß die Frage der fortgesetzten militärischen Besetzung des Ruhrgebietes im Zusammenhang mit dem Dawesplan aufgeworfen wird, weil General Dawes und seine Mitarbeiter die Auffassung niedergelegt haben, daß die in ihrem Vorschlag vorgeschlagenen Garantien die Annulierung und alle Vertragsknoten einschließen sollen, so daß die Besetzungsbefugnisse auf ein Mindestmaß beschränkt werden müßten. Der Berichterstatter fügt hinzu, bis zum 16. Juli würden diese Garantien und verwandte Fragen, die sich innerhalb der besonderen Befugnisse der alliierten Regierungen im Gegensatz zur Reparationskommission befinden, zweifellos von den Regierungen auf dem Wege der direkten diplomatischen Kontakte erörtert werden.

## Deutschland wird nicht offiziell nach London eingeladen.

**Genf, 30. Juni.** Davaos meldet, daß die Einladungen für die Londoner Konferenz nunmehr als förmliche Teilnehmern ausgegeben worden sind. Eine Einladung an Deutschland befindet sich nicht unter ihnen. „Echo de Paris“ meldet, die belgische Regierung besteht auf Erledigung der Frage der Kriegsschulden im unmittelbaren Anschluß an die Londoner Konferenz.

## Die Beteiligung der kleinen Mächte.

**Paris, 30. Juni.** Wie dem „Petit Parisien“ aus London gemeldet wird, finden zwischen Paris und London, Brüssel und Rom Verhandlungen statt, um zu bestimmen, in welcher Zeit und in welchem Maße die kleinen Mächte, die ein wirkliches Interesse an der Reparationsfrage haben, an der Konferenz von London teilnehmen könnten. Es gebe zwei Gruppen von Staaten: die erste, der Südländern, Rumänien und Portugal angehörig, habe ein Anrecht auf Reparationszahlungen, die zweite, der Tschecho-Slowakei und Polen angehörig, habe kein Recht auf Reparationszahlungen. Diese beiden Mächte müßten aber als Entschädigung an der Konferenz teilnehmen. Sie bleiben also an den Verhandlungen interessiert. Es sei wahrscheinlich, daß gemäß dem Vorschlag der britischen Regierung diese fünf Staaten aufzufordern würden, an der Konferenz durch ihre in London deulativierten Gesandten teilzunehmen. (W. T. P.)

## Die belgische Delegation für London.

**Paris, 30. Juni.** Nach der „Ere Nouvelle“ wird sich die belgische Delegation auf der Londoner Konferenz aus dem Ministerpräsidenten Theunis, dem Außenminister Dumans, dem zweiten belgischen Vertreter in der Reparationskommission Gutt und dem Leiter der belgischen Mission im Ruhrgebiet Dannecart zusammensetzen. (wib.)

## Einbruch in die Berliner amerikanische Volkshaus.

**Berlin, 30. Juni.** In der Handelsabteilung der amerikanischen Volkshaus wurde in der Nacht zum 27. März ein schwerer Einbruch verübt. Der Täter ist jetzt in der Person des 30-jährigen Kaufmanns Friedrich Bergemann ermittelt und festgenommen worden. Bergemann ist ein berühmter Verbrecher, der zahlreiche Straftaten auf dem Verbrechen hat. Er hatte die Wohnungstür der Volkshaus mit Hilfe eines Bleikreuzes geöffnet. Da in den Räumen der amerikanischen Handelsabteilung niemand anwesend war, hatte er Zeit, eine große Menge von Wertgegenständen zusammenzupacken, Diamantenschmuck, goldene Uhren, Urkunden und Ausweispapiere sowie amerikanische Dollars, die in den Geldkassettens eingeschlossen waren. Mit seiner Beute konnte er unentdeckt verschwinden. Man vermutet, daß er die Sachen über das besetzte Gebiet nach dem Ausland verschoben hat. Bergemann gelang den Einbruch ein. Er gibt an, er habe sich zunächst nur auf Schreibmaschinen abgesehen gehabt, die er hauptsächlich nach dem Ausland schmuggelte. Da er aber in den Räumen der Handelsabteilung nur eine Maschine gefunden, habe er auch die anderen Sachen mitgenommen.

## Reichsparteitag der Deutsch-Sozialen Partei.

**Berlin, 30. Juni.** Ueber den Reichsparteitag der Deutsch-Sozialen Partei wird uns folgendes mitgeteilt: In Berlin begann am Freitag der Reichsparteitag der Deutsch-Sozialen Partei mit einem Begrüßungsabend. Vertreter aus allen Teilen des Reiches, auch der sächsischen Ortsgruppen, erbotene die Größe der Wahlorganisationen, die Reichstagsabgeordneter Richard Kunze in längerer Ausführungen erwiderte. Die Sonnabend-Tagung im Reichstag, die von 200 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht war, bewies eine bemerkenswerte Einmütigkeit im Beschließen am deutschsozialen Programm gegenüber den übrigen politischen Verbänden und beschloß die im wesentlichen mit Fragen des inneren Ausbaus der Partei und der Wohlfahrtsvereinigungen. Am Sonntag folgten öffentliche Vorträge in der Schultheißbrauerei.

## Preußens Sozialdemokratie hält an der großen Koalition fest.

**Berlin, 30. Juni.** Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat gestern früh getagt. Dem Vornehmen nach ist beschlossen worden, an der Regierungskoalition in dem Bürgerlichen in Preußen festzuhalten. Wegen dem Beschluß stimmte zum ersten Male eine starke Minderheit, die sich auf die Rundgebungen der Funktorenversammlungen von Berlin-Norden, Teltow und Niederbarnim stützte.

## Grundsteinlegung eines Schlageterdenkmals in Neubrandenburg.

**Berlin, 29. Juni.** In Anwesenheit der Generale v. Ludendorff und Lohmann fand am Sonntag in Neubrandenburg die Grundsteinlegung zu einem Schlageter-Denkmal statt. Hierbei kam es, der „Montanpost“ zufolge, zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen zu einem Zusammenstoß, wobei einige Personen durch Stiche und Stebe zum Teil schwer verletzt wurden.

## Ueberraschung eines Kongresses der K. P. D. in Eisenach.

**Eisenach, 29. Juni.** Unter dem Titel einer Tagung von Naturfreunden, hatten sich heute über 400 Delegierte der kommunistischen Partei aus dem ganzen Reich in dem Städtchen „Schweizer Hof“ zusammengefunden, darunter eine ganze Anzahl Reichstagsabgeordnete, u. a. Kay und Biele. Die thüringische Landespolizei und die Eisenacher Blau Polizei hatten infolgedessen Wind von dem kommunistischen Kongress bekommen und verhafteten sämtliche Delegierte, die nach Feststellung ihrer Personalien wieder in ihre Heimat abgeschoben wurden. Der Polizei fiel dabei das gesamte Aktenmaterial des kommunistischen Kongresses in die Hände.

## 219 Konkurse in einer Woche.

**Berlin, 30. Juni.** In der abgelaufenen Woche sind in Berlin 46 Konkurse, im Reich 219 Konkurse zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum haben wieder 78 Firmen die Geschäftsaufsicht beantragt.

## Oesterreichisch-italienischer Grenzzwischenfall.

**Wien, 30. Juni.** Nach Meldungen aus Innsbruck berichtet das Kommando des 12. Alpenjäger-Regiments über einen österreichisch-italienischen Grenzzwischenfall, der sich in Folgezeit ereignet hat. Als eine Abteilung der Alpenjäger am 20. d. M. in großem Nebel einen mehrmaligen Marsch vom hohen Lorenzer Berg nach Postachl unternahm, wurde sie auf österreichischem Boden von italienischen Finanzsoldaten ohne jeden vorherigen Anruf mit scharfen Schüssen angegriffen. Die Beschießung wurde trotz scharfer Flüsse und Jurse der Oesterreicher in italienischer Sprache fortgesetzt. Das Feuer wurde von der österreichischen Abteilung nicht erwidert und die flüchtigen Italiener wurden nicht verfolgt. Verletzt wurde niemand.

## Die Wirbelsturmkatastrophe in Vrain.

**Neuworf, 30. Juni.** Ueber die Wirbelsturmkatastrophe in Vrain im Staate Ohio, von der schon gemeldet ist, werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Ein Sturm von ungeheurer Heftigkeit suchte die Stadt Vrain bei Cleveland im Staate Ohio heim. Alle Verbindungen mit dem Erie See unterbrochen. Nach Mitteilungen von Fischkillingen sind zahlreiche Häuser durch den Sturm völlig zerstört. Die Zahl der Toten wird jetzt bereits auf 300 geschätzt. Die der Vermissten soll noch größer sein. Das Stadttheater, das 300 Personen faßt, wurde zerstört und 185 Leichen wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Der Sachschaden soll sich auf mehr als 12 Millionen Dollar belaufen. Man fürchtet, daß der Dampfer, der den Verkehr auf dem Erie-See verkehrt und jetzt bei dem Sturm 200 Passagiere an Bord hatte, infolge des Unwetters untergegangen ist. Der Gouverneur von Cleveland hat Bundesstruppen in die heimgefallene Gegend entsandt. Auch in der Ortschaft Sandusky sind 20 Personen ums Leben gekommen.

Ein Augenzeuge der Katastrophe, albi folgende Beschreibung: Meine Frau und ich fuhren im Automobil nach Vrain. Einige Kilometer vor der Stadt begegneten wir einem aus der Stadt kommenden Auto, dessen Chauffeur uns sagte, daß ein Wirbelsturm die Stadt zerstört habe. Wir setzten jedoch unseren Weg fort, aber bald versperrten und entwarzelte und übereinandergeworfene Bäume den Weg. Wir gingen zu Fuß nach der Stadt. Ueberall fanden wir Ruinen und Häuser ohne Dach. Zahlreiche Gebäude brannten. In den Straßen liefen Männer, Frauen und Kinder herum. Unter den Ruinen bemerkte man hier und da verkrüppelte Körper. Das Kinematographentheater war ebenfalls eingestürzt und hatte schräge Felsen unter den Trümmern besarben. Die Regierung von Washington hat unverzüglich alle Maßnahmen getroffen, um den von der Katastrophe Betroffenen Hilfe zu bringen.

**London, 30. Juni.** Reuter meldet aus Cleveland, Ohio: Es ist mit Sicherheit festgestellt, daß gestern durch den Wirbelsturm 50 Personen getötet und mehrere Hundert verwundet wurden. In Vrain sind sechs Tote und 100 Vermisste, in Cleveland sieben Tote zu beklagen. (W. T. P.)

Nach weiteren Meldungen sollen durch den Wirbelsturm insgesamt 2500 Personen verletzt worden sein. Ueber die beiden kleinen Städte Erie und Sandusky, die von dem Unwetter gleichfalls schwer heimgesucht wurden, ist der Belagerungsstand verhängt worden.

# Frankreich lehnt die Kriegsschuldfrage ab.

## Serriots Antwort auf eine kommunistische Eingabe.

**Genf, 30. Juni.** Die „Humanité“ meldet: Serriot hat auf die Eingabe der kommunistischen Deputierten, zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage die französischen Vorkriegsaktien zu veröffentlichen, durch den Justizminister erwidert lassen, daß ein Beschluß des Kabinetts hierüber nicht herbeizuführen werden könne, weil die Mehrheit der Kammer nicht die Veröffentlichung billige. Er halte die Aufklärung der Kriegsschuldfrage, die durch die Friedensverträge bereits geklärt sei, für unerheblich, weil weder dem französischen Volke noch dem Wiederaufbau Europas damit gedient würde.

## Serriots Hoffnung auf Deutschlands Nachgiebigkeit.

**Paris, 30. Juni.** Die „Hafeler R. Ag.“ meldet aus Paris: Der Minister hat eine Vorlage ausgegeben, die in der Kammer eingebracht werden wird und die die Schaffung eines Brennstoffmaterialienamtes für die nationale Verteidigung vorsieht, besonders für den Deeresbedarf von Benzin und Petroleum.

Herriot hat nach Schluß des Ministerrates erklärt, daß er über die Note, die er gemeinsam mit Macdonald an die deutsche Regierung gefandt habe, befriedigt sei. Es genüge nicht nur, eine Weite vorzunehmen, sondern man müsse auch eine Tat zu vollbringen imstande sein. Nur Tatsachen zählen. Er bringe gute Gründe dafür, zu glauben, daß Deutschland durch Tatsachen zur Einsicht und zum Nachgeben gebracht würde.

## Kein Rücktritt des Generalkommissars in Straburg.

**Paris, 29. Juni.** Die Nachricht des „Journal“, daß der Generalkommissar in Straburg A la Petite seine Demission eingereicht habe, weil er über die dringlichste Einbeziehung Elsas-Vohrungen in den Bereich der französischen Obergewaltung nicht befragt worden sei, wird von den Wählern demontiert. A la Petite habe nur eine kurze Reise angetreten. Er werde am Dienstag nach Straburg zurückkehren und am Mittwoch von dort nach Paris fahren. — Der „Temps“ meldet, daß die Regierung in aller Kürze einen Bescheid über die Demission einbringen werde, der an Stelle des elsaß-lothringischen Generalkommissars eine Generaldirektion vorziehe, an deren Spitze voraussichtlich der Rektor der Straburger Universität Charles Lybich stehen werde. (wib.)

## Die Pariser Truppenrevue am 24. Juli.

**Paris, 30. Juni.** Dem „Journal“ zufolge hat Kriegsminister General Nollet dem letzten Ministerrat vorgeschlagen, die diesjährige große Parade am Nationalfest in Longchamp ausfallen zu lassen und durch eine Parade auf dem Place de la Concorde zu ersetzen. Dieser Vorschlag Nollets, der auf Sparmaßnahmen zurückzuführen ist, drang jedoch nicht durch, so daß die diesjährige Truppenrevue wie üblich stattfinden wird. Dem „Journal“ zufolge sollen in diesem Jahre zu der Revue drei Truppenkontingente aus dem Ruhrgebiet und Rheinland sowie schwarze Truppen aus dem Süden herangezogen werden.

## Die Bedingungen des bloc national an Serriot.

**Genf, 30. Juni.** Nachdem die parlamentarische Sitzung ergeben hat, daß Serriot angesichts der unsicheren Haltung der Sozialisten immer mehr auf den nationalen Bloß bei seinen Regierungshandlungen angewiesen ist, hat dem „Journal“ zufolge Sonntag früh eine Sitzung der im bloc national vereinigten rechten Parteien stattgefunden. Man habe beschlossen, eine Abordnung zu Serriot zu schicken, um ihm die Mindestbedingungen für eine Unterstützung in der Kammer bekanntzugeben, die darin liegen, daß der Woban der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland unbedingt von der Sicherungsfrage für Frankreich abhängig gemacht werden müsse. Serriot hat sich bereit erklärt, die Vertreter der Rechten am Mittwoch zu empfangen.

## Ein zweiter Empfang v. Koechs bei Serriot.

**Genf, 30. Juni.** Davaos meldet gestern abend, daß Herriot in den nächsten Tagen erneut den deutschen Volkshaus empfangen wird, sobald die Rückfragen bei den Alliierten abgeschlossen sein würden. Davaos meldet weiter, eine Zusicherung von Gegenleistungen über die bisher gewährten hinaus sei kaum vor der Annahme der Durchführungsbescheide im deutschen Reichstage möglich.

## Zwangsschließung französischer Schulen durch die Türkei.

**Jülich, 30. Juni.** Der „Corriere della Sera“ meldet aus Konstantinopel: Infolge der Weigerung der Konsulate, die französischen Schulen zu schließen, wurde in den Bezirken Smyrna und Bursa die Zwangsschließung von 32 französischen Schulen durch türkische Behörden im Auftrag der Regierung von Angora durchgeführt.

## Ägyptens Ansprüche auf den Sudan.

**Kairo, 30. Juni.** Jagul-Pasha berichtet in der Kammerdebatte über die Mitteilung der britischen Regierung, daß sie den Sudan nicht aufgeben und ihre Politik vom 28. Februar 1922 trennen werde. An diesem Tage wurde das Protokoll über Ägypten aufgegeben und Ägypten als unabhängiger Staat anerkannt. Dabei habe sich die britische Regierung die Entscheidung über verschiedene Fragen, namentlich über die Zukunft des Sudans, vorbehalten. Jagul-Pasha behauptet, Ägypten werde niemals seine Rechte auf den Sudan aufgeben und niemals ein „Nicht-Ägypten“ auf der Grundlage der Politik vom 28. Februar 1922 zu verhandeln. Die Kammer sprach auf diese Erklärung Jagul-Pasha hin diesem ihr Vertrauen aus und protektierte gegen seinen Rücktritt. Aber Jagul erklärte trotzdem, daß er seinen Rücktritt dem König unterbreiten werde. Als die Kammer das Rücktrittsgesuch Jagul-Paschas ablehnte, erbat dieser sich Bedenkzeit, um sich mit seinen Amtsgegnossen zu besprechen. Auch der König hat die Demission Jagul-Paschas abgelehnt.

## Alexandrinische Kundgebungen für Jagul.

**London, 30. Juni.** Nach einer Reutermeldung aus Alexandria wurde gestern eine große Kundgebung für Jagul-Pasha veranstaltet. Es kam zu keinen Zwischenfällen. (W. T. P.)

## England verzichtet unter keinen Umständen auf den Sudan.

**Rotterdam, 30. Juni.** Der „Courant“ meldet aus London: Schmilke Redner der Parteien des Parlaments billigten die Erklärung der englischen Regierung, daß sie auf den Sudan, der von Ägypten beansprucht wird, unter keinen Umständen verzichten könne.

## Der Ausbruch der englischen Luftflotte.

**Rotterdam, 30. Juni.** Der „Telegraaf“ meldet aus London, der Nachtragetat zur englischen Luftflotte fordere eine neue Beschaffung der innerhalb Jahresfrist. Das Unterhaus wird sich erst im Juli mit der neuen Vorlage zu befassen haben.

## Das Verhör der Affentäter Matteotti.

**Jülich, 30. Juni.** Der „Corriere della Sera“ meldet: Das römische Untersuchungsgericht „Regina Coeli“ ist von Angeklagten voll besetzt. Gestern sind weitere zehn der Mißfall Verdächtige eingeliefert worden, von denen verschiedene das Schwarzgeld tragen. Die Auftragsgeber erklärten, sie hätten Dumini und seine Komplizen nur beauftragt, Matteotti zu verprügeln und ihm wichtige Briefe fortzunehmen, um ihm damit eine Warnung zu erteilen. Im Verlaufe des Verhörs bestritten alle Angeklagten das Bestehen einer faschistischen Fiktion.

**Jülich, 30. Juni.** Die „Neuen Jülicher Nachrichten“ melden aus Rom: Es besteht Hoffnung, daß die Nachforschungen nach dem Verbleib Matteottis Erfolg haben und den Schiefer des Geheimnisses endlich heben werden. Die Polizei hat seit gestern bestimmte Anhaltspunkte über den Ort, wo der Reichman verdeckt wurde.